Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Landes-Zeitung. 1870-1918
1918

78 (15.2.1918) Abendblatt

Visual Library

Badische Landeszeitung

Täglich zwei Ausgaben (mittags und abends)

Ausgabe: Wöchentlich zwölfmal. — **Bezugspreis:** Vierteljährlich in Karlsruhe bei der Geschäftsstelle oder einer Niederlage bezogen Mk. 4.05, monatlich Mk. 1.35, in das Haus gebracht Mk. 4.35, monatlich Mk. 1.45, durch die Post bezogen ohne Zustellungsgebühr Mk. 4.05 gegen Vorausbezahlung.

Anzeigengebühr: Die einspaltige Kolonelzeile oder deren Raum 20 Pf., Reklamezeile 60 Pf., hierauf 10% Teuerungszuschlag, Rabatt nach Tarif.

Anzeigen-Annahme in der Geschäftsstelle der Badischen Landeszeitung, Karlsruhe i. B., Hirschstraße 9 (Fernsprech-Anschluß Nr. 400) sowie in allen bekannten Anzeigen-Geschäften.

Samstag-Beilage: Badisches Unterhaltungsblatt

Verantwortlich: Für den leitenden Teil, Deutsches Reich, Ausland, badische Politik und Feuilleton Walther Günther; für badische unpolitische Angelegenheiten, Lokalnachrichten, Gerichtssaal, Sport, Handel und letzte Drahtberichte Karl Binder; für Reklamen und Anzeigen Mathilde Schuhmann; sämtliche in Karlsruhe.

Sprechzeit der Schriftleitung: vormittags 1/2 10—1/2 11 Uhr, nachmittags 1/2 5 bis 1/2 6 Uhr. Fernsprech-Anschluß Nr. 400.

Rotationsdruck und Verlag der Badischen Landeszeitung, G. m. b. H., Hirschstr. 9, Karlsruhe

Nr. 78 — 77. Jahrgang. — Karlsruhe, Freitag, 15. Februar 1918 — 77. Jahrgang. — Abendblatt.

Verluste der feindlichen Luftstreitkräfte im Januar: 20 Fesselballons und 151 Flugzeuge.

Der deutsche Tagesbericht.

WTB. Großes Hauptquartier, 15. Febr. (Amtlich).

Vom westlichen Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Kronprinzen Rupprecht von Bayern.

In einzelnen Abschnitten Artillerie- und Minentätigkeit. Abteilungen eines Matrosenregiments brachten von einem Erkundungsvorstoß gegen die belgischen Linien südwestlich von Mannekensvers zwei Offiziere und 26 Mann gefangen zurück.

Front des deutschen Kronprinzen

Nordwestlich und östlich von Reims rege Erkundungstätigkeit des Feindes. In der Gegend von Prunay und südöstlich von Tahure entwickelten sich lebhafte Artilleriekämpfe.

Front des Generalfeldmarschalls Herzog Albrecht von Württemberg

Die Gefechtstätigkeit lebte im Oberelsaß zeitweilig auf.

* * *

Im Januar beträgt der Verlust der feindlichen Luftstreitkräfte

20 Fesselballons und 151 Flugzeuge,

von denen 67 hinter unseren Linien, die übrigen jenseits der gegnerischen Stellungen erkennbar abgestürzt sind.

Wir haben im Kampf 68 Flugzeuge und 4 Fesselballone verloren.

*

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Die Verhandlungen mit Rumänien.

() Berlin, 14. Febr. („Frankf. Ztg.") Ueber die Verhandlungen mit Rumänien ist Genauers noch nicht bekannt. Zunächst dürften rumänische Bevollmächtigte, die über die Verlängerung des Waffenstillstandes verhandeln sollen, an einem dazu bestimmten Orte eingetroffen sein, und man wird nicht überrascht sein, wenn man in den nächsten Tagen hören sollte, daß auch politische Persönlichkeiten sich einfinden.

Neue U-Bootserfolge

WTB. Berlin, 15. Febr. (Amtlich). Außer den gestern veröffentlichten Erfolgen unserer U-Boote im östlichen Mittelmeer sind nach neueingegangenen Meldungen auch solche im mittleren Teile des Mittelmeeres erzielt worden, durch die insbesondere der Transportverkehr nach Italien getroffen wurde.

3 Dampfer und 3 Segler fielen hier unseren U-Booten zum Opfer.

Die Dampfer, von denen zwei bewaffnet waren, wurden sämtlich aus stark gesicherten Geleitzügen herausgeschossen. Von den versenkten Seglern hatten zwei Papiermachee, einer Holz geladen.

Am 31. Januar hat eines unserer U-Boote die chemische Fabrik Arenella bei Palermo auf nahe Entfernung erfolgreich beschossen.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

*

„Keine Geldsumme kann den Schiffswert ersetzen".

Zu diesem Resultat kam Sir F. Green in der Generalversammlung der Oriental Steal Navigation bezüglich zweier versenkter Schiffe, nämlich der „Orama" und der „Ottway", beide über je 12 000 Bruttoregistertonnen groß. Sir F. Green erklärte, daß über den Ersatz dieser Schiffe mit der Regierung verhandelt werde, daß aber „keine Entschädigung an Geld den Verlust der beiden Schiffe für die Gesellschaft gut machen könne, daß sie besonders konstruiert gewesen seien, und ihre Zweckmäßigkeit für den Handel erwiesen hätten. Man habe darauf gerechnet, daß diese Schiffe noch viele Jahre hindurch für die Gesellschaft ein wertvolles Kapital darstellen würden. Während des Krieges sei es natürlich unmöglich, derartige Schiffe zu ersetzen und nach dem Kriege würden, wie er annehme, die Preise noch lange Zeit hindurch sehr hoch bleiben. — Diese Bemerkungen eines Geschäftsmannes zeigen wieder einmal deutlich, daß der U-Bootkrieg nicht nur eine Bedrohung Englands im Kriege, sondern auch eine Gefährdung der gesamten englischen Wirtschaft nach dem Kriege bedeutet.

Ein Zivildienstgesetz in Italien.

WTB. Rom, 15. Febr. Ein königlicher Erlaß ordnet für die Landwirtschaft, Industrie, Staatsdienst usw. den Zivildienst an. Für den Fall, daß das Angebot Freiwilliger ungenügend ist, behält sich die Regierung die Einführung des Zwanges vor.

Zur Lage im Osten.

Von Silvio Broedrich, Kurmahlen.

Der Verzicht Trotzkis in Brest auf den Friedensschluß ist eine Fortsetzung der Bolschewistenpolitik, die die Selbständigkeit der fremdstämmigen Gebiete Rußlands vernichten und die Bolschewistenanarchie nach Zentraleuropa hineintragen soll, die Demobilisierung der Front ist dabei nur ein Verschleierungsmanöver des vermeintlichen „Friedens-Trotzki", denn vom Schwarzen Meer bis nördlich Brest, d. h. in den Grenzen der freien Ukraine, die mit uns Frieden geschlossen, mit Großrußland sich ja aber im Kriege befindet, existiert eine „russische" Front nicht mehr, und von da bis zur Ostsee ist sie ja tatsächlich auseinandergelaufen und nicht mehr vorhanden, wenn man von den maximalistischen Banden absieht, die in Liv- und Estland plündernd, brennend und mordend das Land durchziehen und im Teror die Herrschaft Trotzkis aufrechterhalten.

Unter diesen Umständen ist es eine Provokation, daß Trotzki den Verbündeten anheimstellt, die Verhandlungen von Brest nach Petersburg zu verlegen. Er weiß natürlich, daß dies nicht angenommen werden kann, und will damit nur den Frieden weiter verzögern, um die Zeit zu gewinnen, die neue Revolutionsarmee zu organisieren, deren Aufstellung die maximalistischen Volkskommissare in Petersburg beschlossen haben. Es ist dieselbe verlogene Doppelzüngigkeit, die so grell in seinem Verhalten gegen Finnland zutage trat, dessen Selbständigkeit er in Brest am selben Tage anerkannte, an welchem seine Regierung in Petersburg den bolschewistischen Truppen den Befehl gab, nach Finnland einzurücken, um mit Hilfe der bolschewistischen russisch-finnischen Banden die demokratische Regierung dieses Landes und die Freiheit seines Volkes zu vernichten, dieselbe freche Unverfrorenheit, mit der er Gesinnungsgenossen, wie Medwedjew und den berüchtigten Radek-Sobelsohn, als wahre maximalistische Vertreter der Ukraine und Polens bei den Verhandlungen in Brest vorzustellen wagte, und dabei gleichzeitig in der Ukraine denselben Vernichtungskampf zu entfesseln versuchte, wie in Finnland.

Die große Gefahr liegt vor, daß wenn Trotzki die Bildung der geplanten Revolutionsarmee von einer Million Mann gelingt, er mit ihr versucht, die Ukraine zu maximalisieren, d. h. sie in dieselbe anarchische Wüste zu verwandeln, wie Großrußland, um den Zentralmächten die wirtschaftliche Verbindung mit der Ukraine wertlos zu machen und zu verhindern, daß dadurch die Ernährungsverhältnisse Mitteleuropas sich bessern. Das ist wohl auch der Grund, warum in den letzten Tagen nach Petersburger Meldungen dort die englischen Bemühungen, die bolschewistischen Volksräte für sich zu gewinnen, sich verstärkt haben, warum sie auch in Schweden alles aufbieten, um eine Unterstützung der nicht nur für ihre Freiheit, sondern für alle Grundlagen westeuropäi-

Die Karlsruher Kunstakademie.

Karlsruhe, 15. Febr.

In der letzten Zeit sind in außerbadischen Zeitungen einige Artikel erschienen, die sich teils in anerkennenswert sachlicher, teils auch in recht unsachlicher Weise mit den wenig erfreulichen Zuständen im badischen Kunstleben, vor allem auch mit der Karlsruher Akademie der bildenden Künste, befaßten. Die Artikel haben, soweit sie die Akademie betrafen, in der Presse Badens nur ein schwaches Echo gefunden; man hat sich höchstens kurz referierend mit ihnen befaßt. Diese an sich auffallende Erscheinung läßt sich wohl daraus erklären, daß die Presse des eigenen Landes die Schwierigkeiten besser übersieht, mit denen die Karlsruher Akademie zu kämpfen hat. Sie lehnte es daher ab, Artikel zu veröffentlichen, die lediglich Kritik übten, die sich aber nicht der Mühe unterzogen, nun auch den Gründen nachzugehen, die zu den gerügten Zuständen führten. Mit dem lauten öffentlichen Gejammer über das Ausscheiden hervorragender Künstler aus dem Lehrkörper, für das niemand verantwortlich gemacht werden kann und mit dem billigen Ruf nach neuen zugkräftigen Professoren ist es allein nicht getan. Damit schadet man eigentlich nur der Akademie, der Stadt und dem Lande, denn keinem jungen Künstler wird es einfallen, eine Hochschule zu besuchen, von der er immer und immer wieder in angesehenen Zeitungen liest, daß sie nicht mehr auf der alten künstlerischen Höhe stehen soll.

Wer in einer außerbadischen Zeitung zu dieser für Karlsruhe und das ganze Land allerdings sehr bedeutsamen Frage das Wort ergreift, der sollte, ehe er seine hochgeschraubten Forderungen stellt, zunächst einmal prüfen, ob es unter den zur Zeit bestehenden Verhältnissen überhaupt möglich ist, Künstler von ganz besonderem Namen nach Karlsruhe zu ziehen und — wenn ihm dies nicht erreichbar scheint — welche Schritte einzuleiten sind, um derartigen Lehrkräften den Weg in die badische Residenz zu ebnen. Man muß sich vor allem auch einmal darüber klar werden, daß die Künstler, deren Ausscheiden aus dem Lehrkörper der Akademie einen so schweren Verlust für dieses vornehmste Kunstinstitut des Landes bedeutet — es sind dies Schönleber, Trübner und Hans Thoma — in erster Linie auch durch persönliche Bande an Karlsruhe und das badische Land gefesselt waren oder sind. Schönleber, der Schwabe, kam als junger Vierzigjähriger Mann nach Karlsruhe. Seiner süddeutschen Art gefiel die ruhige Residenzstadt, und er blieb ihr bis zu seinem Tode treu. Hans Thoma ist, wie der verstorbene Trübner, Badener, und das gleiche gilt von Dill und Hermann Volz, die beide noch zu den Zierden der Akademie zählen. Ein Künstler von „festem Rang und Namen", wie er vor kurzem in einem Artikel der „Frankf. Ztg.", gefordert wurde, den keine derartigen Fäden nach Badens Kunststadt ziehen, wird einem Ruf nach Karlsruhe nur dann folgen, wenn er sich hier eine Verbesserung seiner künstlerischen und sozialen Stellung verspricht. Und mit dieser Feststellung sind wir eigentlich schon an den Kernpunkten des ganzen Problems angelangt.

Ein Beispiel trägt hier vielleicht mehr zur Klärung der Frage bei, als eine lange Betrachtung. Nach dem Tode Trübners wurde von einer badischen Zeitung der jetzt in Berlin lebende Max Slevogt, Kgl. bayerischer Professor, als ein geeigneter Nachfolger genannt. Sehr schön! Aber glaubt das Blatt nun wirklich, daß ein Künstler wie Max Slevogt nur auf den Augenblick gewartet habe, wo ihm eine derartige Lehrstelle angeboten wird, um seine glänzende Stellung und seine ebenso glänzenden Beziehungen in der Weltstadt Berlin, die zugleich auch der erste deutsche Kunstmarkt ist, aufzugeben, um nach dem erheblich stilleren Karlsruhe überzusiedeln?! Einen Maler, der 36 000 Mark für ein Bild erhält, wird der — an dieser Summe gemessene — doch recht bescheidene Gehalt eines badischen Akademieprofessors kaum locken. Mit dem Verkauf eines einzigen Bildes, ja einer Skizze, kann ein solcher Künstler schon mehr verdienen, als sein Karlsruher Professorengehalt betragen würde! Und Bilder und Skizzen verkaufen sich in Berlin, München oder Dresden leichter, wie in Karlsruhe. Es müssen also andere Zugmittel gefunden werden, um derartige Kräfte an unsere Residenzstadt zu fesseln oder besser gesagt, der Boden, auf dem unser heimatliches Kunstleben gedeiht, muß von Grund aus neu aufgearbeitet, tragfähiger und fruchtbarer gemacht werden, damit künstlerische Größen ersten Ranges wieder den Mut finden, im badischen Lande ihre Wurzeln einzugraben.

Und dazu gehört vor allem, daß den in Karlsruhe beheimateten Künstlern ein neues, weiteres Arbeitsgebiet erschlossen werde! Man hat Karlsruhe in den heimischen Künstlerkreisen mit einer gewissen bitteren Ironie die „Stadt des Stillebens" genannt. Das will besagen, daß man sich mit den einfachsten künstlerischen Vorwürfen bescheiden muß, da seit geraumer Zeit für unsere Maler wie für unsere Bildhauer die Aufgaben großen Stiles fehlen. Und hierauf sollte die badische Regierung zunächst einmal ihr Augenmerk richten. Die Aufträge, die in dem letzten Jahrzehnt vom Staat an die Professoren der Karlsruher Akademie erteilt wurden, kann man bequem an den Fingern einer Hand abzählen, ja ich glaube, man bräuchte die nicht einmal alle. Und dabei werden diese spärlich gesäten staatlichen Aufträge lange nicht so hoch honoriert, wie dies z. B. in Preußen der Fall ist. Gewiß, der badische Staat kann, da auch seine Mittel für derartige Aufgaben beschränkt sind, nur einen Teil von dem leisten, was die Akademie zu einem besseren Gedeihen nötig hat, aber er ist die gegebene Stelle, die unentwegt bemüht sein soll, den Strom der privaten Aufträge im weitesten Sinne nach Karlsruhe, als dem Kunstzentrum des Landes, zu lenken.

Der Kunststadt Karlsruhe ist das kaufkräftige und auftragfreudige Hinterland verloren gegangen. Deswegen ist unsere badische Residenz von den süddeutschen Kunststädten München und Stuttgart, ja selbst von Darmstadt überflügelt worden, weil sich jede dieser Städte im Laufe der Zeit zu dem künstlerischen Mittelpunkt ihres Landes herausgebildet hat. In Baden aber hat sich das Kunstleben mehr und mehr zersplittert. Und das ist tief zu bedauern, denn gerade darin liegt eine der schönsten und vornehmsten Aufgaben einer bundesstaatlichen Regierung, daß sie die heimische Kunst mit sorgsamer Hand hegt und pflegt. Gerade auf diesem Gebiet darf und soll der deutsche Bundesstaat einen gewissen Partikularismus treiben. Dadurch wird unter den deutschen Stämmen ein edler künstlerischer Wettbewerb geweckt, der das Kunstleben des gesamten Volkes nur reicher und bunter gestaltet. Wir wollen in Deutschland keine Zustände wie in Frankreich, wo die Metropole Paris das ganze geistige und künstlerische Leben des Landes beherrscht. Es kann für die deutsche Kultur nur ein Gewinn sein, wenn Städte wie München, Stuttgart oder Dresden es wagen, den künstlerischen Wettkampf mit Berlin aufzunehmen.

Daß Karlsruhe in der Reihe dieser konkurrierenden Städte nicht fehle, sollte eine der vornehmsten Sorgen der maßgebenden Stellen, des Hofes wie der Regierung, sein. Damit dieses Ziel erreicht werde, heißt es aber mit frischer und fester Hand das doch so reich gestaltete künstlerische

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg

scher Kultur kämpfenden Finnländer zu verhindern, um nicht die Verbindung der westlichen Entente mit Rußland und dem in Wahrheit friedensfeindlichen Trotzki zu verlieren. Wollen wir wirklich den Frieden mit Rußland haben, so müssen wir Finnland ebenso unterstützen wie die Ukraine und gegen die Bolschewiki militärisch vorgehen. Wenn das hungernde und verzweifelnde Volk Großrußlands erkennt, daß das nichtswürdige Verhalten Trotzkis ihm die Friedensaussicht nimmt, wird es sich gegen diese Geißel der Menschheit erheben und ihn stürzen. Dann wird sich auch niemand in Rußland finden, der auf den Abschluß des Friedens verzichtet, der Großrußland die Ordnung seiner Verhältnisse überläßt, wie den Fremdvölkern ihre Freiheit und Selbständigkeit verbürgt.

Trotzkis Verzicht auf den Friedensabschluß bedeutet Fortsetzung des Krieges, da die Petersburger offizielle Bolschewistenpresse gleichzeitig erklärt, daß sie nicht daran denke, den Kampf aufzugeben, und durch Funkspruch die deutschen Soldaten auffordert, ihre Offiziere zu ermorden.

Der russische Wirrwarr.

hz. **Petersburg, 14. Febr.** Die innerpolitischen Zustände in Petersburg haben eine derartige Verschärfung erfahren, daß die Stellung Lenins und Trotzkis als erschüttert gilt. Angesichts des Widerstandes, der sich in allen Schichten der Bevölkerung, sogar unter den maximalistischen Arbeitern gegen die Diktatur geltend macht, steht eine Auflösung der Smolnyregierundg unmittelbar bevor. Die „Nowaja Shisn" berichtet, daß der Rat der Volksbeauftragten in einer Geheimsitzung die innerpolitische Lage erörtert habe und zu der Ueberzeugung gekommen sei, daß die Regierungsgeschäfte und die Verwaltung nicht allein einer Partei anvertraut werden dürfen. Als Lenin darauf drängte, die Politik in bisheriger Weise fortzusetzen, erklärten mehrere Mitglieder der Räteregierung, daß sie diese Politik nicht mehr mitmachen könnten und infolgedessen bereit seien, vom ihrem Posten zurückzutreten. Lenin hat das Rücktrittsgesuch der opponierenden Volksbeauftragten nicht angenommen und erklärt, daß er erst die Rückkehr Trotzkis von Brest-Litowsk abwarten müsse, bevor er eine Entscheidung treffen könne. Er bat die Minister, ihr Rücktrittsgesuch solange zurückzustellen, und versprach ihnen, Ende der Woche einen neuen Ministerrat einzuberufen.

Die Macht der Bolschewiken im Wanken?

* **Stockholm, 13. Febr.** Meldungen aus Petersburg zufolge macht sich im Kreise der Volkskommissare eine immer größere Unsicherheit fühlbar. Sie seien durch die wachsende Macht der Geistlichkeit und durch den schwankenden Einfluß, den sie nunmehr auf die Massen ausübten, beunruhigt. Ebenso machte sich der sinkende Einfluß der Bolschewiken auf die Armee sehr bemerkbar. Auch komme jetzt schon die Unzufriedenheit der heimgekehrten Bauern voll zur Geltung. Die Bauern hätten, als sie von der Front zurückgekehrt seien, ein neues tatkräftiges Leben beginnen wollen. Die herrschende Anarchie mache ihnen das aber unmöglich, um so mehr, als alles, was sie zur Bestellung des Ackers und zur Ausbesserung der Geräte brauchten, nicht vorhanden sei.

Auflösung der Verbandsmission in Rußland.

hz. **Kopenhagen, 14. Febr.** Wie aus Archangelsk gemeldet wird, sind die englischen und französischen Marinemissionen, die im nördlichen Eismeer und im Weißen Meer die Kontrolle über die russische Flotte und über die Zufuhr hatten, vollständig aufgelöst worden.

Kornilow angeblich ermordet.

hz. **Kopenhagen, 14. Febr.** Wie aus Petersburg gemeldet wird, heißt es, daß Kornilow in der Verkleidung eines bolschewistischen Soldaten entdeckt und von einigen bolschewistischen Soldaten ermordet wurde.

Anarchistische Lynchjustiz.

hz. **Berlin, 14. Febr.** Die „Neue Zürcher Zeitung" meldet von der finnischen Grenze: Nach neueren Meldungen hat die Rote Garde in Helsingfors vorgestern 20 der höchststehenden Männern Finnlands füsiliert. Unter diesen befindet sich auch der Chefredakteur des finnischen Hauptblattes, Dr. Fränkell.

Die Friedensverhandlungen im Spiegel der russischen Presse.

* **Stockholm, 13. Febr.** Telegraphische Meldungen aus Petersburg zufolge, äußert sich die bolschewistische Presse zu dem Ergebnisse der Verhandlungen in Brest-Litowsk in zustimmender Weise, doch klingt diese Zustimmung etwas gedämpft. Das Gorki-Organ Nowaja Sobian findet den Ausgang der Verhandlungen unbefriedigend, da Deutschland zum weiteren Vordringen in Rußland stark genug sei, und die ukrainische Frage militärisch wie wirtschaftlich eine sehr gefährliche Wendung genommen habe. Das führende Organ der Sozialrevolutionäre hat zu dem Ereignis noch nicht Stellung genommen. Das Kadettenblatt Wjek erklärt, die jetzt vorliegende Situation zwischen Rußland und dem Vierbund sei wegen der inneren Gefahr und der wirtschaftlichen Misere Rußlands unmöglich. Im Smolnyinstitut herrscht, wie aus glaubwürdiger Stelle verlautet, eine ziemlich kleinlaute Stimmung. Man verhehlt sich kaum mehr, daß man sich über den Ausbruch der erwarteten revolutionären Umwälzung in Deutschland gründlich getäuscht hat. Die gedrückte Stimmung wird noch durch das Gefühl der Ohnmacht gegenüber der allgemeinen Anarchie, besonders gegenüber den in Petersburg herrschenden trostlosen Zuständen wesentlich verschärft. Besonders kritisch erscheint die Gesamtlage durch das Vorgehen des Generals Alexejeff, der über etwa 100 000 Mann, wovon 30 000 Offiziere, verfügen soll, gegen Moskau.

Bonar Law über die Leistungen der gegenwärtigen Regierung.

() **London, 15. Febr.** (Reuter.) Bonar Law erwiderte im Unterhaus auf verschiedene Kritiken an den Arbeitsleistungen der verschiedenen Verwaltungszweige. Er gab einige interessante Zahlen, welche zeigen, was die verschiedenen Departements geleistet haben. Ueber die Arbeit des Departements für den nationalen Dienst sagte Bonar Law: 1917 stellte es in die Armee 820 645 neue Leute ein und durch die Regierungsmaschinerie wurden in der Heimat 731 000 Männer und 804 000 Frauen in Dienst genommen. Zur Nahrungsmittelerzeugung übergehend sagte er: Die Zusatzmenge der im Inland im letzten Jahr erzeugten Cerealien betrug 850 000 Tonnen und wir erzeugten einen besonderen Vorrat von 3 Millionen Tonnen Kartoffeln. Unser Land war das einzige im Krieg, wo keine Verminderung der Nahrungsmittelerzeugung stattgefunden hat. Im letzten Jahr wurden 1 Million Acres neu unter den Pflug genommen. In diesem Jahr sind bereits 800 000 Acres mehr unter den Pflug genommen worden und 400 000 in Schottland und Irland. Die Gesamtvorräte an Weizen Ende Dezember letzten Jahres überschritten in unserem Land die von Ende Dezember 1916 um nicht weniger als 2 Millionen Quarters. Vom Munitionsdepartement sagte er: Unsere Geschütze in Frankreich haben um 30 Prozent zugenommen und unsere Flugzeuge sind 1917 um das 2½fache im Vergleich mit dem Jahre 1916 vermehrt worden. Es ist die Meinung geäußert worden, daß wir wegen des Eintritts Amerikas in den Krieg weniger Ausgaben haben sollten. Amerika hat nicht nur unseren Verbündeten, sondern auch uns selbst große Hilfe geleistet, wofür wir ihm nicht dankbar genug sein können. Aber der Druck auf die Alliierten infolge der langen Kriegsdauer hat die auf ihnen ruhende Last sehr groß gemacht. Ich freue mich, sagen zu können, daß unser Land im Stande war, trotz des Beistandes Amerikas einigen unserer Verbündeten Hilfe leisten zu können. Bonar Law schloß mit einer Verteidigung des gegenwärtigen Regierungssystems und dem Hinweis, daß das Kriegskabinettsystem von allen Kriegführenden angenommen worden sei.

England und das Selbstbestimmungsrecht der Völker.

WTB. Berlin, 14. Febr. Wie zurückgekehrte deutsche Missionare berichten, wurden Mitte des Jahres 1916 die Negerstämme der deutschen Kolonie Togo von der englischen Regierung aufgefordert, entweder englisch zu werden oder eine Erklärung abzugeben, daß sie auch künftig deutsch bleiben wollen. Die welche sich für das Deutschbleiben erklärten, wurden ausnahmslos mit Zwangsarbeit bestraft. Diese wohlverbürgte Tatsache ist ein Beweis dafür, wie die englische Regierung das Selbstbestimmungsrecht der Eingeborenen in den Kolonien auffaßt. Nach den Beobachtungen der Missionare haben übrigens die englischen Zwangsmaßregeln nichts gefruchtet. Der größte Teil der Togoneger ist nach wie vor von dem Wunsche beseelt, daß möglichst bald wieder an Stelle der englischen Regierung die deutsche treten möge.

Ermäßigung des Zinssatzes für englische Schatzwechsel.

WTB. London, 15. Febr. (Reuter.) Der Zinssatz für englische Schatzwechsel wurde auf 3½ Proz. ermäßigt. Die Verzinsung von Bankdepots wurde auf 3 Prozent festgesetzt. Für ausländische Depots bleibt der Satz 4½ Prozent.

Die Lebensmittelnot in England.

() **Berlin, 13. Febr.** Der immer stärker werdende Lebensmittelmangel in England ruft immer ernsterne Unruhen und Ausschreitungen im Zusammenhang mit den sich mehrenden Streiks hervor. So kam es in der letzten Hälfte des Januar nach Berichten aus England kommender Seeleute in Cardiff, Newport, Manchester und Liverpool infolge Fleisch- und Kohlenmangels zu schweren Aufruhrszenen. Ueber einen am 16. 1. in Hull wütenden Streik und Hungeraufstand berichteten diese Seeleute näheres: „Tagelang war in Hull weder Fett noch Fleisch, Tee, Zucker oder Margarine zu haben gewesen. Am 16. war nun ein Zug mit Lebensmitteln angekommen. Die Kunde durchflog die Stadt, und vor den geschlossenen Läden sammelten sich gewaltige Menschenmengen die in ihrer Gesamtheit gegen 15 Tausend Personen umfaßten. Ein starkes Schutzmannsaufgebot hielt die Menge in Schach. Als aber die Vorräte auf von Soldaten begleiteten Frachtwagen und Autos vor den Geschäften ankamen, durchbrach die Menge die Schutzmannskette und stürzte sich auf die Lebensmittel in den Wagen. Die Scheiben der Läden wurden zerschlagen. Die Polizei war machtlos, und der Aufruhr dauerte bis 7 Uhr abends. Um diese Zeit kamen 800 Australier aus einem Lager zwischen Cottingham und Deverley an, die die Straßen von der sich in wüsten Ausschreitungen ergehenden Menge säuberten. Die Australier mußten vom blanken Säbel Gebrauch machen, wobei über 100 Menschen verwundet wurden."

Aus dem Reich.

Der neugekittete Mehrheitsblock.

* **Berlin, 14. Febr.** Heute mittag fand eine abermalige Zusammenkunft von Vertretern der Mehrheitsparteien des Reichstags statt, zu der jedoch die Vertreter der Nationalliberalen abermals nicht erschienen waren. Es wurde der Fortbestand der Reichstagsmehrheit festgestellt, wie immer auch die nationalliberale Fraktion sich dazu stellen wird. In der Beratung der Vertreter der Mehrheit, die gestern nachmittag stattfand, wurden gemeinsame Richtlinien für die fernere Haltung der Reichstagsmehrheit in den Kriegs- und Friedensfragen erörtert.

Schaffung eines Reichspresseamts.

An zuständiger Stelle wird lt. „Südd. Ztg." der Plan erwogen, das derzeitige Kriegspresseamt zu einer dauernden Einrichtung zu gestalten und in erweiterter Form in ein Reichspresseamt umzuwandeln. Die Funktion des geplanten Reichspresseamts wird erheblich umfangreicher sein als die des gegenwärtigen Kriegspresseamts und wird sich keineswegs allein auf militärische Presseangelegenheiten beschränken sondern auch im Dienste der Diplomatie und der Volkswirtschaft tätig sein.

Die Ersatzwahl in Niederbarnim.

Bei der Ersatzwahl in Niederbarnim werden wahrscheinlich fünf Kandidaten auftreten. Neben den sozialdemokratischen Gruppen, die sich um das Mandat Stadthagens bemühen, werden die Konservativen und Fortschrittler mit eigenen Kandidaten hervortreten. Auch die nationalliberale Organisation des Wahlkreises Niederbarnim hat sich entschlossen, selbständig vorzugehen und Herrn Stadtsyndikus Dr. Maretzky, Berlin-Lichtenberg, als ihren Kandidaten aufzustellen. Obschon die nationalliberale Partei sich schon seit vielen Jahren nicht mehr an der Reichstagswahl in Niederbarnim mit einem eigenen Kandidaten beteiligt hat, ist die Aufstellung diesmal doch erfolgt und zwar wesentlich von dem Gesichtspunkt, alle bürgerlichen Elemente in die Wahlurne heranzubringen, um für den Fall einer Stichwahl eine möglichst große bürgerliche Entscheidungsmacht zu schaffen. Es ist klar, daß der Appell jeder einzelnen bürgerlichen Partei an ihre Anhänger im Wahlkreis gerade angesichts der gegenwärtigen, schwierigen politischen Verhältnisse die Beteiligung der bürgerlichen Schichten an der Wahl mehr fördern wird, als wenn ein Kompromißkandidat von verschiedenen Parteien aufgestellt würde. Einer durch die Presse gehenden Notiz gegenüber, daß von den letzten Reichstagswahlen her Abmachungen die nationalliberale Wahlkreisorganisation verpflichteten, für den fortschrittlichen Kandidaten einzutreten, möchten wir ausdrücklich betonen, daß derartige Bindungen nicht bestehen.

Jubiläum des Ingenieur-Komitees.

Das Ingenieurkomitee erhielt am 1. Februar, seinem 50. Gründungstage, folgendes Schreiben des Kriegsministers:

Dem Ingenieurkomitee spreche ich zu dem heutigen 50jährigen Gründungstag meinen herzlichen Glückwunsch aus. Mit besonderem Stolz darf das Ingenieurkomitee darauf blicken, was es in dem gewaltigsten aller Kriege für die Verteidigungs- und Angriffskraft des Heeres in treuester Pflichterfüllung geleistet hat. Durch die Vervollkommnung der vorhandenen und Schaffung neuer Nahkampfmittel, durch die Beseitigung aller stets wachsenden Schwierigkeiten in Erlangung und Verarbeitung der Werkstoffe, vielfach ohne vorangegangene Friedens- und Kriegserfahrung, haben sie auf den größten, oft schlagartig hervorgetretenen Forderungen der Heeresleitung und der kämpfenden Truppen rechtzeitig und

---

Leben des badischen Landes zusammenzufassen und ihm in Karlsruhe einen festen Stützpunkt, eine Zentrale zu schaffen, die ihre wertvollen Kräfte nach allen Seiten hin ausstrahlen läßt. Karlsruhe sollte eine Hochburg der Kunst für die ganze südwestdeutsche Ecke werden! Für alle Auftraggeber, staatlichen, städtischen oder privaten, mögen sie in Mannheim, Heidelberg, Pforzheim, Freiburg oder Konstanz, in Straßburg oder in Mülhausen wohnen, sollte es dann eine Selbstverständlichkeit sein, daß sie sich in erster Linie nach Karlsruhe wenden. Dann würde wieder ein kräftigeres, künstlerisches Leben in unserer Residenzstadt erblühen, die Akademie könnte wieder an Aufgaben großen Stils ihre Kräfte messen und der allzueinseitig auf das Staffeleibild eingestellte Unterricht unserer Kunsthochschule würde wieder mehr Fühlung mit den Aufgaben des praktischen Lebens gewinnen.

Die Akademie kann von sich aus diese Neubelebung des badischen Kunstlebens nicht hervorrufen. Sie kann nur dem Staat, der hier mit tätigster Energie eingreifen müßte, ratend und helfend zur Seite stehen. Im Verein mit der Akademie sollen aber auch die anderen Karlsruher Institute, die in weiterem oder engerem Umfange der Kunst dienen, in diese reorganisatorische Arbeit mit einbezogen und das gesamte Kunstleben unserer Stadt damit auf eine neue feste, in sich geschlossene Basis gestellt werden. All diese Anstalten, die jetzt mehr nebeneinander als miteinander arbeiten, müßten — soweit dies nur irgend angängig ist, — zu gegenseitiger Ergänzung ihrer Lehrkräfte und zur Befruchtung ihres Lehrplanes in engste Verbindung gebracht werden. Dieses organische Zusammenarbeiten soll sich über die Akademie, die Technische Hochschule und die Kunstgewerbeschule hinaus bis auf das Hoftheater erstrecken, das durch ein Zusammenarbeiten mit den berufenen Vertretern der bildenden Kunst gerade in den bei uns noch recht stiefmütterlich behandelten Fragen der dekorativen Bühnenkunst nur Gewinn ziehen könnte. Eine solche von der Regierung regsam geförderte Kunstzentrale in der Hauptstadt Badens würde aber auch von großem fruchtbringenden Wert sein für das heimische Kunsthandwerk und die Kunstindustrie, für alle staatlichen, kirchlichen oder städtischen Bauämter, wie für die Privatarchitekten des Landes. Sie alle könnten sich von hier Anregung, Förderung und neue brauchbare Kräfte holen.

Aus dem Gesagten geht wohl zur Genüge hervor, daß die wertvollste Unterstützung, die die badische Regierung dem Kunstleben Karlsruhes gewähren kann, auf organisatorischem Gebiete liegt. Gewiß soll der Staat auch mit lohnenden Aufträgen nicht geizen, aber er kann derartige Aufträge nur in bestimmtem Umfang erteilen. Was er in dieser Beziehung zu leisten vermag, kann immer nur — wie wir schon eingangs betonten — ein Teil von dem bleiben, was die Akademie zu ihrem besseren Gedeihen nötig hat. Das Gleiche gilt von der Stadtverwaltung, die ja ebenfalls ein eigenstes Interesse an der Hebung der heimischen Kunst hat. Was sie bis jetzt als Käuferin und Auftraggeberin für die Akademie getan hat, verdient, an den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln gemessen, alle Anerkennung. Dies soll hier besonders betont werden, weil gerade vor kurzem erst in dem schon erwähnten Artikel der „Frankfurter Zeitung" über die Karlsruher Kunstakademie mehrere versteckte und offene Vorwürfe gegen die Stadt erhoben worden waren. Es wurde da von der Stadt behauptet, daß sie als Käuferin und Auftraggeberin „ihre allzuwenig betätigte Bedeutung für die Kreise der Kunstakademie habe" und ferner wurde gesagt, daß sie bei ihren Aufträgen „in drei oder vier Fällen in braver Hilflosigkeit und verfehlter Sparsamkeit daneben gegriffen habe". Demgegenüber sei hier nur kurz festgestellt, daß von den 12 Bildnissen von Fürsten, Ehrenbürgern und Oberbürgermeistern, die bisher für das Rathaus hergestellt wurden, alle bis auf eines von Professoren der Akademie gefertigt worden sind. Die Stadt hat ferner, auch das muß hervorgehoben werden, sogar während des Krieges die große Kunstausstellungshalle fertiggestellt, deren Errichtung von den kunstverständigen Kreisen der Stadt seinerzeit mit besonderer Genugtuung begrüßt wurde. Daß dieser Kunstbetätigung der Stadt, die ja gerade dem Wunsche des Artikelschreibers nach wirksamer Unterstützung der Kunstakademie entgegenkommt, in dem Aufsatz der „Frankfurter Zeitung" mit keinem Wort Erwähnung getan ist, ist zum mindesten sehr anfechtbar. Geradezu bedenklich erscheint es uns aber, daß, neben der vollkommen unrichtigen Behauptung über die städtischen Aufträge an Professoren der Akademie, auch noch der Versuch gemacht wird, für die mit Recht gerügten quadratmetergroßen Photographien im Karlsruher Hauptbahnhof die Stadt verantwortlich zu machen. Es weiß doch schließlich jedes Kind in Karlsruhe, daß der Hauptbahnhof kein städtischer, sondern ein Staatsbau ist, und daß daher die Stadt für ihn und seinen Bilderschmuck nicht verantwortlich gemacht werden kann. Gerade die Stadt war es ja, die das von ihr errichtete Gebäude am Bahnhofplatz, die Tiergartenwirtschaft, so mit Gemälden der Karlsruher Künstler hat schmücken lassen, wie der Artikelschreiber der „Frankfurter Zeitung" es für den Bahnhof gewünscht hat. Mit einer derartig unsachlichen Kritik, die noch dazu in einer weitverbreiteten auswärtigen Zeitung erscheint, schafft man nicht nur Mißstimmung bei der vom besten Willen geleiteten Stadt, man schadet damit mittelbar auch der Akademie und der Sache selbst, der man dienen will. Warum hat übrigens der Gewährsmann der „Frankfurter Zeitung" mit keinem Wort des Staates Erwähnung getan, der doch zum mindesten gegenüber der Akademie die gleiche Pflicht hat wie die so heftig angegriffene Stadt?!

Es ist gewiß zu begrüßen, wenn die so brennend gewordenen Karlsruher Kunstfragen einmal in Ruhe und Sachlichkeit vor der Oeffentlichkeit des Heimatlandes besprochen werden. An einer klärenden Aussprache hat nicht nur das badische Volk, sondern haben vor allem auch die badischen Künstler ein starkes persönliches Interesse. Aber man darf sich die Sache auch nicht allzuleicht machen. Mit Stammtischschlagworten und einigen Hieben auf die Akademie und die Stadt ist es allein nicht getan. Noch bedenklicher aber ist es, wenn man die ganze Angelegenheit zu einer billigen Sensation für außerbadische Zeitungen aufbauscht.

Wer zu diesen Dingen das Wort ergreift, der sollte es nicht allein bei der gewiß notwendigen Kritik bewenden lassen. Wichtiger als diese ist die Frage, auf welchen Wegen die ohne Zweifel reformbedürftigen Zustände einer Besserung zugeführt werden können. Hier kann schon eine klärende Aussprache in der Presse, zu der diese Zeilen anregen sollen, Gutes wirken. Im Handumdrehen lassen sich diese nicht einfachen Probleme allerdings nicht lösen. Da ist viel Zeit, viel Ausdauer, viel Tatkraft und vor allem viel guter Wille nötig. Aber vielleicht ließe sich gerade jetzt in der Kriegszeit doch manches schon vorbereiten, das dann in der kommenden Friedenszeit ausgebaut und vollendet werden könnte zum Segen unserer badischen und damit auch der deutschen Kunst.

Walther Günther.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

vollkommen Genüge geleistet. Das danken ihm heute Heer und Vaterland. Möge Gottes Segen auch fernerhin auf den Arbeiten des Ingenieurkorps ruhen.

Der Kriegsminister v. Stein.

General v. Leszczynski.

General der Infanterie z. D. Paul v. Leszczynski ist in Berlin im 88. Lebensjahre gestorben. Seine militärische Laufbahn begann er 1848 im 20. Infanterie-Regiment. Als Hauptmann im 60. Infanterie-Regiment erwarb er sich 1864 bei der Erstürmung der Düppeler Schanzen den Orden Pour le mérite. Den Feldzug 1866 machte er als Generalstabsoffizier der 12. Division mit Auszeichnung mit und wurde dann Chef des Generalstabes der Badischen Division; 1870 Generalstabschef Werders, tat er sich bei den Belagerungen von Straßburg, Belfort und bei den Kämpfen an der Lisaine hervor. Er war die treibende Kraft bei dem Entschluß Werders, an der Lisaine sich der Armee Bourbakis entgegenzustellen. In Anerkennung seiner hervorragenden Leistungen in diesen Kämpfen erhielt er das Eiserne Kreuz erster Klasse und das Eichenlaub zum Orden Pour le mérite. Nach dem Kriege blieb er erst in der Stellung als Stabschef des 14. Korps, wurde dann Kommandeur des 4. Garde-Infanterie-Brigade und 1881 Inspekteur der Jäger und Schützen. Zwei Jahre darauf rückte er zum Generalleutnant und Kommandeur der 15. Division auf, trat aber 1884 an die Spitze der 11. Division. Von 1888 bis 1891 war er Kommandierender General des 9. Armeekorps in Altona. 1891 erhielt er den erbetenen Abschied und wurde gleichzeitig Chef des 60. Infanterie-Regiments, 1905 wurde er in das Herrenhaus berufen, 1906 erhielt er den Schwarzen Adlerorden.

Badischer Landtag.

26. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer.

BNC. **Karlsruhe**, 15. Febr.

Präsident Kopf eröffnete um 9 Uhr 15 Min. die Sitzung und teilte mit, daß eine kurze Anfrage des Abg. Bernauer (Zentr.) und Gen. über die Entschädigung der Fliegerschäden eingegangen ist. In der Anfrage wird darauf hingewiesen, daß die Versicherungen gegen Fliegerschäden ihre Prämien recht empfindlich erhöht haben und dann angefragt, ob die Zusicherung des Reichsschatzsekretärs eingetroffen sei, daß die Fliegerschäden vom Reiche übernommen werden und darauf Vorschüsse gewährt werden, sodaß man von dem Abschlusse von Fliegerschäden absehen könne. Die kurze Anfrage soll später beantwortet werden.

Das Haus trat nun in die Tagesordnung ein, die Fortsetzung der Beratung des

Staatsvoranschlages der Verkehrsanstalten.

Finanzminister Dr. **Rheinboldt** erklärte verschiedenen Rednern gegenüber, die die Umwandelung von Beamtenstellen in Verkehrsstellen tadelten: Die zweiten Bezirksbeamtenstellen wurden entbehrlich; diese Beamten werden vorübergehend auf Stationsämtern I verwendet. Wenn wir es ernst nehmen mit der Vereinfachung der Staatsverwaltung, müssen wir solche Dinge mit in Kauf nehmen.

Ministerialdirektor **Schulz** dankte für die ihm von verschiedenen Rednern zuteil gewordene Begrüßung und beschäftigte sich dann mit den Anregungen, die aus dem Hause gemacht wurden. Er gab zu, daß das Eisenbahnpersonal über Gebühr angestrengt werde und eine größere Ruhe verdiente, aber zurzeit müsse jeder die Arbeit erfüllen, die ihm gestellt wird. Bei den mittleren Beamten ist beabsichtigt, daß sie alle nach sechs Jahren etatmäßig werden. Bei den unteren ging man davon aus, daß sie nach acht bis zehn Jahren zur etatmäßigen Anstellung gelangen. Es besteht eine bundesrätliche Verordnung, wonach Stellen, die Militäranwärtern vorbehalten sind, während des Krieges nicht besetzt werden dürfen, um sie den Militäranwärtern vorzubehalten. Danach regelt sich auch die Frage der Anstellung von Eisenbahninvaliden. Daß wir zu viel oberes Personal haben, kann ich nicht zugeben bei den großen maschinenbautechnischen Aufgaben. Den Beamten, die während des Krieges in erheblichem Maße über ihr sonstiges Gebiet hinaus beschäftigt sind, sollen außerordentliche Belohnungen gewährt werden. Die Angelegenheit wird zurzeit geprüft. Der Konstanzer Fall, den Abg. Seubert erwähnt hat, hat sich nicht so zugetragen, wie er geschildert wurde. Es ist nicht richtig, daß auf Grund einer anonymen Anzeige eine Untersuchung erfolgte. Es ist auch nicht richtig, daß der Beamte Aufzeichnungen über seine Vorgesetzten gemacht hat. Die Angelegenheit wurde untersucht und es ergab sich kein Anlaß zum Einschreiten. Sie würden uns mit Recht die schwersten Vorwürfe machen, wenn wir auf Grund vager Vermutungen gegen einen Beamten vorgehen würden. Es wurde auch die Meinung ausgesprochen, daß bei der Besetzung der Beamten politische Rücksichten maßgebend seien. Das ist nicht der Fall, von den meisten Beamten wissen wir gar nicht, welcher Partei sie angehören. Mein Amtsvorgänger hat sich dagegen verwahrt, daß ein „schwarzer Mann" durch die Generaldirektion gehe, und ich kann dieselbe Erklärung abgeben. Ich werde auch nicht dulden, daß draußen irgendwelche Einflüsse einer Partei sich geltend machen. Die Einführung von anonymen Meldekarten für das Personal, damit dies seine Wünsche vorbringen kann, wie sie der Abg. Seubert wollte, weise ich zurück. Anonyme Schreiben werfe ich in den Papierkorb. (Beifall). Der Redner behandelte eine Anzahl Beamtenwünsche und besprach den von einem Abgeordneten geäußerten Wunsch, die badische Behörde möchte wegen Nahrungsmittelschmuggel aus der Schweiz nicht vorgehen und führte hierzu aus: Wir mußten wegen Schmuggels Versetzungen vornehmen, weil die Schweiz das verlangte. Denn wenn ein Beamter zweimal schmuggelte, verlangte die Schweiz die Versetzung und wir können als staatliche Behörde auch einen solchen Schmuggel nicht dulden. Der Redner besprach schließlich die Bodenseedampfschiffahrt. Diese soll nach dem Kriege unter Berücksichtigung der internationalen Verhältnisse ausgebaut werden. Dem nächsten Landtag soll darüber eine Vorlage zugehen.

Geh. Oberbaurat **Courtain** erklärte, daß die Einführung der elektrischen Lokomotiven vom Standpunkte der Landesverteidigung noch nicht allgemein erfolgen könne, solange die elektrischen Lokomotiven noch nicht unabhängig vom Orte sind. Der elektrische Betrieb auf der Wiesentalbahn wurde bis Mitte 1916 aufrecht erhalten. Später wurde nur ein Teil der Züge elektrisch betrieben. Während des Krieges kann der vollständige elektrische Betrieb nicht durchgeführt werden, weil Basel außerhalb des Reichsgebietes liegt. Mit dem Umbau der elektrischen Lokomotiven sind wir noch nicht fertig, man hofft, daß dies in einiger Zeit der Fall sein wird.

Abg. **Stockinger** (Soz.) wünscht die Einführung der durchgehenden Zugsbremse, staatliche Kraftwagenlinien, namentlich in der Umgegend von Pforzheim.

Abg. **Banschbach** (N. V.) begrüßte es, daß der Generaldirektor anonyme Schreiben nicht berücksichtige. Die Verbesserung der Bezüge der Beamten der Nebenbahnen ist notwendig.

Abg. **Herbster** (nat.-lib.) kam auf den Fall der Handelskammer Schopfheim zurück, der von dem Abg. Rösch gestern besprochen wurde und legte dann dar: Der Eisenbahnrat ist heute so zusammengesetzt, daß er auf unser Bahnwesen einwirken kann. Damit erfüllt er seinen Zweck. Wenn die Erweiterung der Rechte des Eisenbahnrates nur auf Kosten des Landtags erfolgen kann, müssen wir uns dagegen wehren. Geh. Rat Courtain hat der Elektrizität auf den Bahnen keine große Zukunft verheißen. Es ist zu bedauern, daß bei dem Kohlenmangel die Elektrizität nicht mehr in Anspruch genommen werden kann. Nach dem Kriege müssen wir mehr die Elektrizität verwenden, damit wir unsere Kohlenbestände sparen.

Abg. **Weiß** (Zentr.) brachte einen lokalen Eisenbahnwunsch aus Ettenheim vor und bedauerte es, daß die Bodenseedampfschiffahrt von Konstanz entfernt werden solle.

Abg. **Belzer** (Zentr.) machte sich zum Anwalte von Arbeiterwünschen und verlangte, daß Malsch in eine höhere Wohnungsklasse komme.

Abg. **Ringwald** (nat.-lib.) dankte dem Minister für verschiedene Verbesserungen, die im Eisenbahnwesen im badischen Oberlande vorgenommen wurden. Es gebe aber dort noch manche Verbesserung, die man noch während des Krieges besorgen könnte. So besonders auf der Strecke nach dem Wiesentale. In Leopoldshöhe fuhr am Samstag der letzte Zug nach dem Wiesentale ab, ohne den Schnellzug abzuwarten, an den er Anschluß haben soll. Die Reisenden mußten dann mit ihrer Fahrkarte in der Tasche nachts den Weg über den Berg machen.

Abg. **Rösch** (Soz.) und **Spang** (Ztr.) machten kurze Ausführungen.

Abg. **Odenwald** (F. V.)) sprach sich für eine bessere Schnellzugsverbindung der Stadt Pforzheim mit Berlin aus. — Abg. **Wiedemann** (Zentr.) brachte lokale Wünsche aus Bruchsal vor. — Abg. **Graf** (Zentr.) wünschte eine bessere Bahnverbindung der Hörigemeinde.

Finanzminister Dr. **Rheinboldt** teilte mit, daß die Entschädigungen, die die Eisenbahnverwaltung wegen Beraubung des Frachtgutes zu zahlen hat, auf 450000 ℳ angewachsen sind. Es sei aber falsch, wenn angenommen werde, daß diese Diebstähle meistens aus Not geschehen; die Moral sei eben leider im Kriege gesunken. Die fiskalische Ausnützung der Eisenbahnen darf erst erfolgen, wenn alle Steuerquellen ausgenützt sind. Die Gemeinden Mosbach und Malsch sollen Gesuche an das Finanzministerium um Einreihung in die höhere Wohnungsklasse machen. Ueber den Eisenbahnrat bestehen falsche Vorstellungen; der Eisenbahnrat ist kein Parlament, er ist lediglich eine Versammlung von Sachverständigen. Wenn er ausgebaut werden sollte, müßte dies auf Kosten des Landtags gehen, was niemand wünschen werde. Die selbständige Verwaltung der Bodenseedampfschiffahrt in Konstanz kann mit Rücksicht auf die Vereinfachung der Staatsverwaltung nicht aufrecht erhalten werden; die Güterverwaltung ist wohl in der Lage, die Geschäfte der Dampfschiffahrt mitzuverwalten. An die Lösung der Frage der Elektrisierung der Bahnen haben wir uns zu früh herangewagt und dafür viel Lehrgeld bezahlen müssen. Der Krieg hat auch hier eine starke Hemmung gebracht. Nach dem Kriege soll die ganze Aufmerksamkeit der Frage zugewendet werden. Dem Abg. Ringwald gegenüber erklärte der Minister, daß die Wartezeit der Züge nicht verlängert werden könne, schon wegen des Personals, das zu lange im Dienste ist. Die Wartezeit beträgt eine Stunde.

Staatsrat **Schulz** ging auf verschiedene Wünsche des Hauses ein. So teilte er mit, daß das Stationsamt Mosbach in ein Stationsamt 1. Klasse umgewandelt werde, das Stationsamt Lörrach ebenfalls.

Die Abg. **Belzer** (Ztr.) und **Köhler** (Ztr.) brachten Beamtenbeschwerden vor.

Oberregierungsrat **Dörrwächter** verteidigte sich gegen den Vorwurf, daß er das Personal kurz behandle.

Abg. **Strobel** (Soz.) wünschte, daß die Schnellzugsverbindung Karlsruhe—Mannheim besser wird und daß allen Korporationen, die sich mit Wohlfahrtspflege befassen, zu ihren Kongressen Fahrpreisermäßigung gewährt werde.

Abg. **Müller-Weinheim** (natl.) besprach die Gehaltsverhältnisse der mittleren und unteren Beamten auf der Main-Neckarbahn, die sich in einer schwierigen Lage befänden. Auch der Zustand der Entlohnung der Eisenbahnarbeiter bei der Main-Neckarbahn sei unhaltbar.

Abg. **Hummel** (F. Vp.) hatte als Berichterstatter das Schlußwort. Er meinte, wenn der Eisenbahnrat nicht voll zur Geltung komme, liege die Schuld am Eisenbahnrat. (Abg. Schofer: Mea culpa.) Der Berichterstatter wiederholte die Anträge der Kommission.

Abg. **Muser** (F. Vp.) verzichtete als Antragsteller auf das Schlußwort.

Die Anträge der Kommission und der Antrag Muser wurden einstimmig genehmigt.

Das Haus vertagte sich auf Dienstag nachmittag 4 Uhr. Tagesordnung: Eisenbahnbau und Verschiedenes.

Schluß der Sitzung gegen 1 Uhr.

Aus dem Großherzogtum.

⊙ **Baden-Baden**, 14. Febr. Herr Rentner Ernst Kölblin, der frühere Verleger des „Badener Tageblatt" und des „Badeblatt", der Vater unseres Landtagsabgeordneten H. Kölblin, ist heute Nachmittag hierselbst, im Alter von 72 Jahren aus dem Leben geschieden. Der Verstorbene war eine in allen Kreisen der Einwohnerschaft beliebte, in hohem Ansehen stehende Persönlichkeit, lange Jahre gehörte er dem Stadtverordnetenkollegium an, wo sein Rat und sein Wort gern vernommen wurde. Eines ihrer treuesten Mitglieder verliert in ihm die nationalliberale Partei, in deren Sinn und Interesse er lange Zeit gewirkt hat und deren Kandidat er auch seinerzeit bei der Reichstagswahl im 8. badischen Wahlkreise war. Sein Hinscheiden hat hier in allen Kreisen aufrichtige Teilnahme und tiefes Bedauern hervorgerufen, denn er war ein guter Mensch und guter Bürger und wer ihn kannte, wird ihm ein freundliches Gedenken bewahren für alle Zeiten. — Ferner ist hier Kaufmann Philipp Bussemer im Alter von 63 Jahren gestorben. In Fremden-, Touristen- und Ausflüglerkreisen Badens, ja man kann wohl sagen ganz Deutschlands gehörte der Verstorbene zu den bekanntesten Persönlichkeiten, ebenso in Schwarzwaldvereinskreisen und zwar nicht nur in der hiesigen Sektion, deren Schriftführer er lange Zeit war, sondern in allen Sektionen und es hat bis vor einigen Jahren wohl kaum eine Hauptversammlung gegeben, in der „Schwarzwald-Bussemer" nicht anwesend war. Großer Beliebtheit erfreute er sich in Touristenkreisen schon deshalb weil er zweifellos als einer der besten Kenner des Schwarzwaldes angesprochen werden durfte. In unserer Stadt nahm Bussemer im Vereinsleben eine hervorragende Stellung ein und lange Jahre gehörte er dem Stadtverordneten-Kollegium als arbeitfreudiges Mitglied an, ebenso war er ein treuer Anhänger der Nationalliberalen Partei, die in ihm eines der tätigsten Mitglieder verliert.

⊼ **Zell-Weierbach**, 14. Febr. Hier konnten die Eheleute Anton Basler und die Eheleute Joseph Schmidt am gleichen Tage das Fest der goldenen Hochzeit begehen.

⊡ **Lahr**, 14. Febr. Die Kastanienallee, die den unteren Teil der Bahnhofstraße umsäumt, wird zurzeit niedergelegt. Es werden etwa 30 ungefähr 30 Jahre alte Bäume entfernt werden. Die Bäume waren für die Straße zu groß und zu breitätig geworden.

⊡ **Engen**, 14. Febr. In einem benachbarten Hegau-Orte starb ein alter Mann. Kurz vor seinem Tode, als er nicht mehr gut sprechen konnte, gab er durch Zeichen und Gebärden zu verstehen, man möge ihn zu dem im Wohnzimmer befindlichen Kachelofen verbringen. Dort zog der sterbensmüde Mann mit zitternden Händen aus einem losen Kachelstück 700 ℳ in blanken Goldstücken hervor. Der Mann starb wenige Minuten nach dieser Goldübergabe, nachdem er noch verständlich zu machen versuchte, daß auch noch Silber auf dem Speicher versteckt sei. Bis heute konnte aber der Schlupfwinkel für die Silberlinge trotz angestrengtem Suchen nicht ausfindig gemacht werden, dagegen ist man noch auf Papiergeld gestoßen.

⁜ **Radolfzell**, 14. Febr. Die Präsidentin des hiesigen Zweigvereins des Badischen Frauenvereins, Fräulein Emilie Pfaff, konnte ihren 70. Geburtstag feiern. Die Jubilarin war 25 Jahre Kassiererin und ist 10 Jahre Präsidentin des Frauenvereins.

Aus der Residenz.

* **Karlsruhe**, 15. Februar 1918.

= **Die Sommerzeit 1918 wird nach Blättermeldungen schon am 1. April** (Ostermontag) beginnen und erst am Sonntag den 14. Oktober enden. Im Jahre 1916 dauerte die Sommerzeit vom 1. Mai bis 30. September und im Jahre 1917 vom 15 April bis 16 September. Nach normaler Zeit geht die Sonne am 1. April um 5,55 Uhr auf und um 6,40 Uhr unter. Infolge Verrückung der Uhr um eine Stunde erfolgt der Aufgang der Sonne in diesem Jahre erst um 6,55 und der Untergang um 7,40 Uhr. Die Sonnenaufgangszeit entspricht demnach dem am 2. März herrschenden Verhältnissen. Die Untergangszeit eilt der Normalzeit um 40 Tage voraus, denn normal geht die Sonne erst am 9. Mai um 7,40 unter.

= **Die Prüfung der Militärfrachtbriefe.** Vom 15. Febr. d. J. an sind die Militär-Frachtbrief-Prüfungsstellen Mannheim und Freiburg aufgehoben. Für den Bereich des Großherzogtum Badens besteht nur noch eine Militär-Frachtbrief-Prüfungsstelle am Sitz der Linienkommandantur F in Karlsruhe (Gebäude der Großh. Generaldirektion der bad. Staatseisenbahnen, Lammstraße.)

= **Großh. Konservatorium für Musik.** Das Programm des am Mittwoch den 13. Februar stattgehabten Vorspiels der Ausbildungsklassen bestand aus folgenden Nummern: 1. Sonate Es-dur op. 31 Nr. 1 von L. v. Beethoven (Fräulein Emma Hainmüller); 2. Drei Lieder: a) Dem Unendlichen, b) Der Tod und das Mädchen, c) Die junge Nonne von F. Schubert (Fräulein Alice Grießel, Begleitung: Fräulein Rosi Schweizer); 3. Balladen op. 10 von J. Brahms (Fräulein Gertrud Mettenberger); 4. Sonate D-dur für Violine und Klavier: a) Allegro, b) Larghetto, c) Menuetto von J. Haydn (Violine: Fräulein Erna Dietrich, Klavier: Fräulein Else Beck); 5. Brief-Duett aus: Figaros Hochzeit von W. A. Mozart (Fräulein Alice Grießel und Fräulein Erna Krüger, Begleitung: Fräulein Rosi Schweizer); 6. Sonate C-dur op. 1 von J. Brahms (Fräulein Martha Leyser). Das nächste Vorspiel (Vorbereitungsklassen) findet Mittwoch den 20. Februar, abends 6½ Uhr, statt.

Letzte Drahtberichte.

WTB. **Berlin**, 15. Febr. Die Kronprinzessin ist heute aus Berchtesgaden in Berlin eingetroffen. Dorthin sind auch ihre Kinder, die Prinzen und Prinzessinnen, aus Konstanz übergesiedelt.

Französische Befürchtungen.

WB. **Berlin**, 14. Febr. Nach zuverlässigen Nachrichten hat die französische Regierung eine Bestimmung erlassen, die den Militärgeistlichen verbietet, sich bei den französischen Regimentern aufzuhalten, da man ihren Einfluß fürchtet.

Griechische Militärjustiz.

WTB. **Athen**, 15. Febr. Das Kriegsgericht, das infolge der Meuterei in Lamia und der späteren Unruhen zusammengetreten war, verurteilte drei Leutnants und zwei Soldaten zu Degradation und zum Tode und einen anderen Leutnant zur Degradation und einem Jahr Gefängnis.

Die Kaiserin-Mutter von Abessinien †.

WTB. **Addis Abeba**, 15. Febr. (Reuter.) Die Kaiserin-Witwe Taitu von Abessinien ist am 12. Januar gestorben.

Die Kaiserin-Witwe Taitu war die Gemahlin des Negus Menelik II. von Abessinien, mit dem sie im April 1883 vermählt wurde. Sie stand im 64. Lebensjahre.

Der Eisenbahnerstreik in Argentinien.

WTB. **Buenos Aires**, 15. Febr. (Havas.) Infolge der weiteren Ausdehnung des Eisenbahnerausstandes ordnet ein Regierungserlaß die Einsetzung eines Schiedsgerichts zwischen den Eisenbahnern und den Gesellschaften an. Der Erlaß befiehlt allen Eisenbahnern auf den mittelargentinischen Bahnen und der Bahn von Mittelcordoba, die Arbeit innerhalb 24 Stunden wieder aufzunehmen, und gibt den Mannschaften eine Frist von drei Tagen, um den normalen Verkehr wiederherzustellen.

Ein Armeebefehl Kaiser Karls.

WTB. **Wien**, 15. Febr. Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet: Der Kaiser hat aus Anlaß der russischen Erklärung über die Beendigung des Kriegszustandes einen Armeebefehl erlassen, der mit einem Rückblick auf die schweren Wochen beginnt, in denen Oesterreich-Ungarns Streitkräfte fast die ganze Wucht des ersten Russensturmes zu überstehen hatten. Alles, was sich in treuem Zusammenwirken mit unseren tapferen Verbündeten später erfüllt, zog seine Urkraft aus jener Feuerprobe. Der große russische Zusammenbruch habe seinen ersten Anstoß am San und am Dunajec erhalten. Diese Erkenntnis werde für alle Zeiten zu den glänzendsten Ueberlieferungen der vaterländischen Geschichte gehören. Der Armeebefehl schließt: Noch ist die Stunde nicht da, in der ich meine Kriegsleute an den häuslichen Herd zurückrufen kann. Aber die Heimkehr wird kommen, und dann mögen meine Völker aus den erhebenden Erinnerungen an die Ruhmestaten ihrer Söhne die Kraft zum Wiederaufbau und zum neuen Gedeihen schöpfen. Gott sei mit uns! Karl.

Die Krisenstimmung in England.

WTB. **London**, 15. Febr. Lloyd George leidet an einer leichten Erkältung. Er ist ans Haus gefesselt, jedoch imstande, die Geschäfte weiter zu führen.

WTB. **London**, 15. Febr. Das Unterhaus hat die Adresse auf die Thronrede angenommen.

*

Lloyd George will die Vertrauensfrage stellen.

bz. **Berlin**, 14. Febr. „Daily Mail" melden: Lloyd George hat in vertraulichen Besprechungen mit liberalen Führern des Parlaments seine Ansicht kundgegeben, bei der kommenden Beratung über den neuen Kriegskredit für das Kabinett die Vertrauensfrage im Unterhaus zu stellen.

Kritik der Kriegsziele in der italienischen Kammer.

WTB. **Bern**, 15. Febr. In der gestrigen Sitzung der italienischen Deputiertenkammer ergriff Bevione als erster das Wort zu den Regierungserklärungen und beklagte eingangs gewisse imperialistische Punkte des ursprünglichen Kriegszielprogramms der Entente, wie den russischen Besitz von Konstantinopel, das russisch-französische Abkommen über die deutsche Grenze usw. Anschließend verlas er das Londoner Abkommen, dem, wie der Redner bemerkte, ebenfalls imperialistische Ziele anhafteten. Auf Oesterreich-Ungarn zu sprechen kommend, lehnte der Redner dessen Zerstückelung ab, verlangte aber eine Neugestaltung auf internationalem Wege. Toscanelli betonte, daß alle Kammergruppen einheitlich gegen den Abschluß eines Sonderfriedens seien, und wandte sich gegen die politische Zensur, die ermöglicht habe, daß gewisse Männer die öffentliche Meinung monopolisierten. Die parlamentarischen Vorrechte seien besser einzuhalten.

Eine neue Sozialisten-Konferenz in Stockholm.

bz. **Rotterdam**, 14. Febr. Huysmann erklärte einem Zeitungsberichterstatter, daß der Allgemeine Bund der Gewerkschaften sich nunmehr für eine Konferenz in Stockholm entschlossen und an den amerikanischen Arbeiterbund das telegraphische Ersuchen gerichtet habe, die Haltung bezüglich einer internationalen Konferenz in Stockholm einer Revision zu unterziehen. Die Konferenz könne aber auch in Bern abgehalten werden.

Amerikanischer Post-Luftdienst.

WTB. **Washington**, 14. Febr. Das Postamt fordert zu Angeboten von fünf Luftfahrzeugen auf, die einem vom 1. Mai ab aufzunehmenden Postluftdienst zwischen den Städten Washington und NewYork über Philadelphia dienen sollen. Der Kongreß bewilligte für diesen Postluftdienst, von dem Sachverständige erklären, er sei bereits über das Versuchsstadium hinaus, 100 000 Dollars. Jedes Luftfahrzeug soll 300 Pfund Postsachen 200 Meilen weit ohne Unterbrechung der Fahrt tragen können

Zur Herstellung von Branntwein.

Der Vorsitzende der Reichsbranntweinstelle gibt nachstehendes bekannt:

In der Presse sowie auch sonst in der Oeffentlichkeit erscheint wiederum gegenüber den Brennereibesitzern, die zugleich Landwirte sind und den Kartoffelbau betreiben, der Vorwurf, daß sie, anstatt ihre Kartoffeln vorschriftsmäßig abzuliefern, sie mit mehrfach höherem Gewinn auf Schnaps verarbeiten.

Nachdem bereits im vorigen Jahre aus demselben Anlasse ausführlich dargelegt worden ist, wie ganz ungerechtfertigt dieser Vorwurf ist, muß bei der Wichtigkeit, die es hat, daß in einer so bedeutsamen Frage die öffentliche Meinung nicht durch unwahre Behauptungen irregeleitet und beunruhigt wird, auch heute noch einmal auf den Gegenstand eingegangen werden.

Seit der Verordnung vom 15. April 1916 hat der Kartoffeln verarbeitende Brenner seine gesamte Erzeugung an Branntwein an die Spiritus-Zentrale abzuliefern, die wiederum die bei ihr eingehenden Mengen nur nach den Anweisungen der Reichsbranntweinstelle absetzt. Jeder Brenner erhält den gleichen, vom Kriegsernährungsamt nach eingehender Prüfung als notwendig befundenen, mäßigen Preis, bei dem er seine Kartoffeln nicht höher verwertet, als wenn er sie verkauft, oder zu Trockenware verarbeitet hätte. Es ist für den Brenner demnach ganz gleichgültig, zu welchen Zwecken sein Branntwein später verwendet wird, ob als Trinkbranntwein (gemeinhin „Schnaps" genannt) oder als gewerblicher Spiritus. Die Ansicht also, daß ein Brenner Kartoffeln auf „Schnaps" verarbeiten und dafür etwa die heute im freien Handel für Trinkbranntwein bestehenden, ungeheuerlichen Preise erzielen könne, ist völlig irrig. Im übrigen ist schon mehrfach betont worden, daß überhaupt kein Trinkbranntwein mehr für den allgemeinen Gebrauch freigegeben wird, sondern nur für die Truppen an der Fornt, die ihn aber nicht unmittelbar vom Brenner, sondern durch die Reichsbranntweinstelle, und zwar nur in einem eng beschränkten, dem unbedingten Erfordernis entsprechenden Umfange zugewiesen erhalten, während die gesamte übrige Hauptmasse der deutschen Branntweinerzeugung kaum hinreicht, um neben dem vollen Bedarf für Munitionserzeugung noch den allerdringendsten Bedarf für industrielle, Arznei-, Leucht-, Koch- und dergleichen Zwecke notdürftig zu decken, und oft nicht einmal hierzu.

Nach reichlicher Abwägung des Mindestbedarfes an Spiritus für obige Zwecke ist den Brennern ein dementsprechender Teil der selbsterzeugten Kartoffeln zum Brennen belassen worden. Derjenige, der glaubt, es würden immer noch zu viel Kartoffeln verbrannt, möge einmal eine Umfrage bei den Verbrauchern des gewerblichen Spiritus halten; er wird alsbald erfahren, unter welcher Spiritusnot die gesamte Spiritus verbrauchende Industrie leidet. Keine Granate, kein Unterseeboot, Kraftwagen oder Flugzeug kann ohne Spiritus fertiggestellt werden. Die Hauptmenge des erzeugten Branntweins wird zur Herstellung von Pulver und Sprengstoffen benötigt. Das für den unmittelbaren oder mittelbaren Heeresbedarf arbeitende Gewerbe muß gleichfalls mit dem Allernotwendigsten an Spiritus versorgt werden (für photographische Zwecke, Lackfabrikation, Hartspiritus und dergl.). Für Medikamente und sonstige Heilzwecke ist er gleichfalls unerläßlich.

Bei dem großen Mangel an Gewürzen ist die Nachfrage nach Essig, der heute infolge Fehlens der Essigsäure nur unter Verwendung von Branntwein hergestellt werden kann, erheblich gestiegen.

Schließlich bedarf, abgesehen von der Heeresverwaltung, auch die einheimische Bevölkerung in gewissem Umfange unumgänglich Brennspiritus in Flaschen für Koch- und Leuchtzwecke.

Bei dieser außerordentlichen Bedeutung des Branntweins für unsere gesamte Kriegs- und Volkswirtschaft liegt in seiner ordnungsgemäßen Herstellung keine selbstsüchtige Handlungsweise der Brennereibesitzer, es ist im Gegenteil sogar ihre unbedingte vaterländische Pflicht, diejenigen Kartoffelmengen, welche ihnen zum Brennen belassen worden sind, restlos auf Branntwein zu verarbeiten. Dafür, daß nicht mehr Branntwein erzeugt wird, als unbedingt erforderlich ist, sorgt schon die Größe dieses Bedürfnisses, und zugleich die zur Bewirtschaftung des Branntweins eingesetzte Behörde, die auch darüber wacht, daß für die einzelnen, notwendigen Zwecke nicht mehr Branntwein, als unbedingt erforderlich, bewilligt wird.

Wenn auf die Spiritusgewinnung aus anderen Stoffen als Kartoffeln hingewiesen wird, so mag nochmals betont werden, daß diese Mengen im Verhältnis zum Spiritusbedarf zurzeit immer noch verschwindend gering sind. Die Kartoffel bleibt nach wie vor der unentbehrliche einzige Rohstoff für die Gewinnung von Spiritus in dem großen Maßstabe, in dem das Heer und die dafür arbeitenden Industrien während des Krieges seiner bedürfen.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Preußische Renten-Versicherungs-Anstalt, Berlin W. 66, Kaiserhofstraße 2. Die Preußische Renten-Versicherungs-Anstalt versichert nach dem Grundsatze der Gegenseitigkeit Renten für den Erlebensfall; einer ärztlichen Untersuchung bedarf es dabei nicht. Aeltere Personen, welche in der Lage sind, eine mehr oder minder hohe Kapitaleinzahlung zu leisten, versichern am besten sofort beginnende Renten, womit sie eine sofortige Erhöhung ihres Einkommens erzielen; jüngere Personen dagegen finden in der Versicherung von aufgeschobenen Renten (Altersrenten) ein bewährtes Mittel, kleine Kapitalien oder ihre laufenden Ersparnisse für ihre Altersversorgung nutzbar zu machen. Der Jahresbetrag der von der Anstalt zu zahlenden Renten übersteigt 7½ Millionen Mark. Die Zahlung erfolgt in sehr bequemer Art, je nach Vereinbarung mit der Anstalt gegen Rentenscheine oder ohne solche. Im letzteren Falle wird die Rente innerhalb des Deutschen Reichs den volljährigen rentenberechtigten Versicherten portofrei zugesandt, ohne daß es der Beibringung eines Lebenszeugnisses bedarf. Neben dem Versicherungsgeschäft betreibt die Anstalt auf Grund Allerhöchster Genehmigung eine öffentliche Sparkasse. Besondere Vorteile gewährt diese Sparkasse u. a. insofern, als sie mit den Sparern auch durch die Post verkehrt (Postscheckkonto: Berlin Nr. 9562) und die Sparbücher zur Vermeidung der lästigen Hin- und Hersendung für die Sparer in Verwahrung nimmt. Die Anstalt ist eine öffentliche Versicherungsanstalt. Ihren Verhandlungen und Ausfertigungen ist durch Allerhöchste Kabinettsorder vom 9. Oktober 1838 die Gültigkeit öffentlicher Urkunden beigelegt. Die Anstalt steht seit ihrer Errichtung im Jahre 1838 unter der unmittelbaren Aufsicht des Preußischen Ministers des Innern, der diese Aufsicht durch einen ständigen Vertreter (Staatskommissar-vertreter) ausübt. Die Verwaltung liegt in den Händen des Kuratoriums und der Direktion. Der Präsident und der zweite Präsident des Kuratoriums werden von Sr. Majestät dem König von Preußen auf Vorschlag des Ministers des Innern ernannt; die übrigen dem Kuratorium angehörenden Personen (Kuratoren) werden von der Mitgliederversammlung gewählt. Die Direktoren werden vom Kuratorium gewählt; ihre Wahl bedarf der Bestätigung des Ministers des Innern. Das gesamte Vermögen der Anstalt darf satzungsgemäß außer in sicheren Hypotheken nur in mündelsicheren Werten angelegt werden und weist in diesen Anlagen einen Betrag von 124 Millionen ℳ auf.

Militärdienstnachrichten.

Ernannt: die Feldwebelleutnants: Schmich (Mannheim), Bank (Heidelberg), zu Lts. d. Landw.-Inf. 1. Aufgeb.

Den Charakter als Oberstabsarzt haben erhalten: die Stabsärzte der Landwehr a. D.: Dr. Stein (Bruchsal), Dr. Wolter (Bruchsal).

Befördert:

Göller, Goldschmitt, Fähnriche im Inf.-Reg. Nr. 111, zu Lts., vorläufig ohne Patent, Müller (Emil) (Pforzheim), Lotberg (Siegen), Zimmermann (Mosbach), Bischoff (Bruchsal), Vizefeldwebel im Inf.-Regt. Nr. 111, Aberle (Offenburg), Vizefeldw. im Inf.-Regt. Nr. 169, zu Lts. d. Res. d. genannten Regtr., Schmitt, Vizefeldw. (Hanau) im Inf.-Regt. Nr. 169, zum Lt. d. Landw.-Inf. 1. Aufgeb., Rupp (Karlsruhe), Vizewachtmeister, zum Lt. d. Landw.-Feldart. 1. Aufgeb., Imhof (Bruchsal), Wagner (Karl) (Karlsruhe), Vizefeldwebel, zu Lts. der Res.;

zu Leutnants d. Landwehr-Infanterie: Picard (Mosbach), Schönleber (Mannheim), Buhl (Offenburg), Vizefeldwebel, d. 1. Aufgeb.;

Pfenning, Feldw. (Mannheim), zum Lt. d. Landw.-Inf. 2. Aufgeb., Seeger, Offiz.-Stellverter, zum Feldw.-Lt.;

zu Leutnants der Reserve: Vizewachtmeister Matt (Stockach) im Feldart.-Regt. Nr. 9, Vizefeldwebel Reinmuth (Karlsruhe), d. Fußart.;

Bibling (Mannheim), Vizefeldwebel, zum Lt. d. Res. d. Pioniere.

Kriegsauszeichnungen.

* Der Großherzog hat verliehen:

die silberne Militärische Karl-Friedrich-Verdienstmedaille:

dem Gefreiten d. L. Konrad Strobel bei einem Landw.-Inf.-Reg. und dem Unteroffizier d. L. Heinrich Feurer bei einem Landw.-Inf.-Reg.

Bekanntmachung.

Herr Stadtverordneter, Geschäftsführer Heinrich Sauer, stellv. Obmann des geschäftsleitenden Vorstands der Stadtverordneten, ist zum Stadtrat gewählt worden.

Zur Vornahme der Ersatzwahl eines Mitglieds des geschäftsleitenden Vorstands der Stadtverordneten an Stelle des Genannten beehre ich mich die Herren Stadtverordneten auf

Montag, den 25. Februar ds. Js.,
nachmittags 3 Uhr 50 Minuten,

in den großen Rathaussaal einzuladen. Die Wahlhandlung dauert von 3 Uhr 50 Minuten bis 4 Uhr 20 Minuten.

Wahlberechtigt und wählbar sind nur Stadtverordnete. Die Wahl erfolgt mittels geheimer Stimmgebung. Zur Gültigkeit der Wahl ist erforderlich, daß mehr als die Hälfte der Stadtverordneten abgestimmt hat. Als gewählt gilt derjenige, welcher die meisten Stimmen erhalten hat; bei Stimmengleichheit entscheidet das Los. Das Amt des Gewählten dauert bis zur nächsten Erneuerungswahl der Stadtverordneten.

Unmittelbar nach Feststellung des Ergebnisses der Wahl, nämlich am

Montag, den 25. ds. Mts.,
nachmittags 4 Uhr 30 Minuten bis 4 Uhr 45 Minuten,

findet die Ersatzwahl des stellv. Obmanns des geschäftsleitenden Vorstands der Stadtverordneten statt. Wahlberechtigt sind nur Stadtverordnete, wählbar nur Mitglieder des geschäftsleitenden Vorstands der Stadtverordneten. Im Uebrigen finden die obigen Bestimmungen auch hier Anwendung.

Karlsruhe, den 13. Februar 1918. 8 4

Der Obmann des geschäftsleitenden Vorstands der Stadtverordneten.

Bekanntmachung.

Hierdurch beehre ich mich die Herren Mitglieder des Bürgerausschusses zu einer öffentlichen Sitzung auf

Montag, den 25. Februar 1918,
nachmittags 4 Uhr,

in den großen Rathaussaal einzuladen.

Tagesordnung:

1. Beschaffung von Wagen für die städt. Straßenbahn und die Karlsruher Lokalbahnen (Nr. 45),
2. Beschaffung von Güterwagen für die städt. Straßenbahn (Nr. 46, 56),
3. Beschaffung von Tafelwagen für die Karlsruher Lokalbahnen (Nr. 47),
4. Tarif der städt. Straßenbahn (Nr. 48),
5. Aenderung des Tarifs der Karlsruher Lokalbahnen (Nr. 55),
6. Herstellung eines Verbindungsgleises der Straßenbahn mit der Eilgutrampe des Personenbahnhofs (Nr. 49),
7. Anschluß des Gaswerks II an die städt. Straßenbahn (Nr. 52),
8. Aenderung der Bestattungsgebühren (Nr. 50),
9. Aenderungen der Dienst- und Gehaltsordnung für die Beamten (Nr. 51),
10. Festsetzung der Gas- und Strompreise (Nr. 53).

Zu Beginn der Sitzung finden folgende Wahlen statt: **von 3 Uhr 50 Minuten bis 4 Uhr 45 Minuten** die Ersatzwahl eines Mitglieds des geschäftsleitenden Vorstands der Stadtverordneten und des stellvertretenden Obmanns, **von 3 Uhr 50 Minuten bis 4 Uhr 20 Minuten** die Erneuerungswahl in den Stiftungsrat der Adolf und Johanna Bielefeld-Stiftung.

Karlsruhe, den 14. Februar 1918. M 5

Der Oberbürgermeister.

Bekanntmachung.

Die **Aufnahme der an Ostern d. J. schulpflichtig werdenden Kinder** erfolgt am **Montag, den 18. Februar von 8 bis 12 oder von 2 bis 4 Uhr.** Anzumelden sind **alle** Kinder, die bis zum 30. April d. J. ihr 6. Lebensjahr vollenden.

Das Volksschulrektorat. S 17

Verkauf von Quark.

In den **Fettverkaufsstellen Nr. 126 bis 147** einschließlich kommt an die eingetragene Kundschaft von

Samstag, den 16. bis Dienstag, den 19. Februar 1918
einschließlich

Quark (weißer Käse) zum Verkauf u. zwar gegen die Lebensmittelmarke J Nr. 79. Die Kopfmenge beträgt ¼ Pfund. Der Preis für das Pfund ist auf 75 Pfennig festgesetzt.

Karlsruhe, den 15. Februar 1918. D 32

Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.

Erhöhung des Einkommens
durch Versicherung von Leibrente bei der
Preußisch. Renten-Versicherungs-Anstalt
Sofort beginnende gleichbleibende Rente für Männer:

beim Eintrittsalter (Jahre):	50	55	60	65	70	75
jährlich % der Einlage:	7,248	8,244	9,612	11,496	14,196	18,180

bei längerem Aufschub d. Rentenzahlungen wesentlich höhere Sätze.
Für Frauen gelten besondere Tarife. 15094
Vermögenswerte Ende 1916: 124 Millionen Mark.
Tarife und nähere Auskunft durch:
Heinrich Kasten in **Mannheim,** Augusta-Anlagen 17.
Generalagent **Ludwig Ziegler** in **Karlsruhe,** Westendstr. 14.

Die Kunsthandlung
Karl Haberstock
Berlin W. 9, Bellevuestraße 15
sucht zu kaufen Werke von
Wilhelm Trübner
aus jeder Schaffenszeit; besonders
Landschaften aus dem letzten Jahrzehnt.
Nur Angebote, die ausführliche Angaben über die Größe der Bilder, gemessen ohne Rahmen, Darstellung, äußersten Preis, (möglichst auch, ob im Trübnerwerk, Klassiker der Kunst, Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart, abgebildet) enthalten, finden Berücksichtigung. 15013

Museum Karlsruhe (e. V.)

Wir machen hiermit auf die in den hiesigen Zeitungen erschienene Anzeige der **Deutschen Kolonialgesellschaft, Abteilung Karlsruhe,** aufmerksam, durch welche die Mitglieder der Museumsgesellschaft zu dem am

Samstag, den 16. Februar 1918, abends 8 Uhr

im Museumssaale stattfindenden Vortrag Seiner Exzellenz des Herrn Staatssekretärs **Dr. Solf** über:

„Der Krieg und die deutsche Mission in unseren Schutzgebieten"

eingeladen werden. 1195

Der Vorstand.

Maschinen zu verkaufen.

Wegen vollständiger Geschäftsaufgabe werden nachstehende Holzbearbeitungsmaschinen sofort dem Verkauf ausgesetzt:

1 Abrichthobelmaschine, 1 Dicktenhobelmaschine, 1 Bandsäge, 1 Kreissäge, 1 dreiseitige Kehlmaschine, 1 Fräsmaschine, 1 Deconpiersäge, 1 Rohr- und Stammmaschine, 1 automatische Schleifmaschine für Hobelmesser.

Sämtliche Maschinen mit Vorgelege und Riemen. Die Maschinen können täglich besichtigt werden. Weiter ist ein in bestem Zustand befindliches **Locomobil,** 12 bis 15 Pferdekr., Lanz, zu verkaufen.

Zu erfragen bei Herrn Konkursverwalter **Emil Bischoffberger** in **Schopfheim** i. W. 1193

Schlosskirche. 1197
Sonntag, den 17. Februar, abends 6 Uhr
Musikalische Andacht
Programm 30 Pfg. — berechtigt zum Eintritt — und vorbehaltener Platz 2 Mk. bei **Fritz Müller,** Musikalienhandlung, Ecke Kaiser- und Waldstraße, und am Kircheneingang. — Ertrag und Sammlung beim Ausgang zu Gunsten des „Badischen Heimatdanks".

Kontoristin
bewandert in Stenografie und Schreibmaschine mit mehrjähriger Büroerfahrung zu baldigstem Eintritt **gesucht.** Angebote mit Zeugnisabschriften, Gehaltsansprüchen und Angabe der frühesten Eintrittszeit an
1193 **Maschinenbau-Gesellschaft Karlsruhe**
Karlsruhe (Baden).

Junge, gesunde Frau, wirtschaftlich tüchtig, sucht Stelle als
Haushälterin
in frauenlosem Haushalte. Angeb. unt. Nr. 7015 an die Geschäftsstelle der „Bad. Landeszeitung".

Greif Institut Detektiv
Schlossplatz 8, part.
E. Geugelin, früh. Polizeibeamter besorgt überall **Auskünfte, Ermittlungen, Beobachtungen** etc. Durchaus routiniert. **Telef. 1252.** 10

Großherzogl. Hoftheater. 1020

Spielplan für die Zeit vom 17. Februar bis 25. Februar 1918.

So. 17. im Hofth. B. 37. Die Jüdin. ½7—10 (6 ℳ), im Konzerth. Erstes Gastspiel Konrad Dreher. Die Spatzen auf Dach. ½7—½9 (1.20—4.50 ℳ). — Mo. 18. im Hofth. C. 36. Baumeister Solneß. 7 bis n. ¾10 (4 ℳ); im Konzerth. Gastspiel Konrad Dreher. Die blonden Mädeln vom Lindenhof. 7—¼10 (1—4 ℳ). — Die. 19. im Hofth. A. 36. Tiefland. 7—½10 (4.50 ℳ); im Konzerth. Letztes Gastspiel Konrad Dreher. Die Spatzen am Dach. 7 bis n. 9 (1—4 ℳ). — Mi. 20. im Konzerth. V. Sinfonie-Konzert der Gr. Hofkapelle. Solist: Konrad Ansorge von Berlin (Klavier). Vortragsfolge: 1. Ouvertüre zu der Oper „Der glückliche Taugenichts" von M. J. Erb (zum erstenmal), 2. Wanderer-Phantasie von Schubert — Liszt; 3. Variationen über ein eigenes Thema von Georg Szell (zum erstenmal). 4. Impromptu (Fis-dur), polnische Lieder, Polonaise As-dur von Chopin. 5. Dritte Sinfonie in F-dur von Brahms. ½8—½10 (1.20—4.50 ℳ). — Do. 21. A. 37. Dyckerpotts Erben. 7 bis n. 9 (4 ℳ). — Freit. 22. B. 38. Zum erstenmal: Wölfe in der Nacht, Komödie in 3. A. v. Thaddäus Rittner. 7—½10 (4 ℳ); im Konzerthaus. Das Glöckchen des Eremiten. 7—¾10 (1.20 bis 4.50 ℳ). Rose Friquet: Therese Müller-Reichel a. G. — Sa. 23. C. 38. Orpheus u. Eurydike. ½8—¾10 (4.50 ℳ). — So. 24. im Hofth. C. 37. Der Postillon von Lonjumeau. — Tanzbilder. ½7—½10 (6 ℳ); im Konzerth. Dyckerpotts Erben. ½ bis n. ½9 (1.00—3.50 ℳ. — Mo. 25. A. 38. Wölfe in der Nacht. 7 bis ½10 (4 ℳ). — Im Gr. Theater in Baden-Baden. Sa. 23. Zum erstenmal: Wölfe in der Nacht, Komödie in 3. A. v. Thaddäus Rittner. ½7—9.